Petition 197750

Energiegesetze - Ergänzung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes um eine freiwillige Option für Anlagen bis zu 30 Kilowatt-Peak

Text der Petition	Mit der Petition wird gefordert, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz um eine freiwillige Option für Anlagen bis zu 30 Kilowatt-Peak ergänzt wird und dass Betreiber bei Netzdrosselung oder Negativpreisen ein Zeitguthaben statt einer Geldentschädigung erhalten.
Begründung	1. Massive Entlastung des Bundeshaushalts (EEG-Konto) Das Haushaltsjahr 2025 offenbarte die finanzielle Schieflage des Systems. Das EEG-Konto schloss nur durch Steuerzuschüsse von rund 17,03 Mrd. € mit einem Plus von 1,54 Mrd. € ab. Ohne diese Subventionen wäre das Konto tief im Minus. Ein Hauptkostentreiber sind Entschädigungen für abgeregelten Strom („Geisterstrom“). Mein Modell der „Solar-Altersteilzeit“ ersetzt sofortige Cash-Zahlungen durch ein Zeitguthaben. Dies entlastet den Bundeshaushalt heute unmittelbar um Milliardenbeträge, da die Auszahlung in die ferne Zukunft verschoben wird. 2. Ende der bürokratischen „Erbsenzählerei“ Das aktuelle System scheitert an der komplexen Berechnung fiktiver Kilowattstunden (kWh). Netzbetreiber und Behörden verschwenden enorme Ressourcen mit der Ermittlung entgangener Mengen für Millionen Kleinanlagen. Mein Modell nutzt die Zeit als Währung: Dauer und Intensität der Drosselung (z. B. 50 %) werden dokumentiert. 4 Stunden Drosselung um 50 % ergeben pauschal 2 Stunden zusätzliche Förderzeit am Ende der Laufzeit. Dies ist technisch ohne geeichte Messung der Ausfallarbeit möglich, rechtssicher und reduziert den Verwaltungsaufwand gegen Null. 3. Hohe Akzeptanz durch „Renten-Logik“ Die „Solar-Altersteilzeit“ nutzt ein gelerntes Prinzip: „Heute weniger einspeisen, um das System stabil zu halten – dafür später länger profitieren.“ Dies beendet das negative Framing der „Stromverschwendung“. Der Betreiber wird vom Subventionsempfänger zum Flexibilitäts-Partner. Da die Auszahlung erst in 20 Jahren erfolgt, ist die Last für den Staat aufgrund der Inflation real geringer als eine heutige Bar-Auszahlung. Wer heute verzichtet, sichert sich eine verlässliche „Solar-Rente“. 4. Turbo für den Smart-Meter-Rollout Obwohl für Anlagen ab 7 kWp eine Smart-Meter-Pflicht besteht, blieb der Rollout bis 2025 hinter den Erwartungen zurück. Das Zeitkonto erfordert zwingend ein intelligentes Messsystem (iMSys). Da die Laufzeitverlängerung attraktiv ist, entsteht ein starker privater Anreiz, den Einbau der Gateways aktiv einzufordern. Marktliche Anreize ersetzen hier den bürokratischen Zwang und beschleunigen die Digitalisierung des Stromnetzes massiv. 5. Freiwilligkeit und Vertrauensschutz Diese Petition fordert eine „Opt-In“-Lösung. Die gesetzliche Zusage von „mindestens 20 Jahren“ Förderung bleibt unangetastet. Das Modell bietet eine

attraktive Wechseloption für Betreiber, die heutige Liquidität gegen langfristige Sicherheit tauschen wollen. Es ist ein faires Angebot an die Bürger, die Energiewende eigenverantwortlich und ohne bürokratischen Ballast mitzugestalten.